

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Funkten- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 49 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 9. Dezember 1917 31. Jahrg.
Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr. (Erscheinens Nr. 174.)
Zu beziehen durch alle Postanstalten. Separat kosten 50 Pfg. die einseitige Petition. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf an die Völker! — Von den Aktien-Schuhfabriken. — Schuhpreiswucher. — Aus unserem Beruf. — Die treibenden Kräfte des Krieges. — Übergangswirtschaft. — Friedensarbeit. — Gewerblichkeitswesen. — Ein Staatskommissar für das Wohnungswesen in Preußen. — Kontraktstelle für freigegebenes Leder zu Berlin. — Verbandsnachrichten.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Dringende Forderungen der arbeitenden Frauen an die soziale Gesetzgebung. — Die Arbeiterin als Gewerkschafterin. — Stiefelnder. — Frauen an der Wahlurne. — Das Unterhaus für das Frauenwahlrecht. — Eine Verlage über Ehecheidung in der Türkei. — Herbst.

Feuilleton: Der Waldspieg.

Aufruf an die Völker!

In ihrem heiligen Kampf für den Frieden und die Rettung der Welt von noch größerem Elend, als der Krieg bereits über die Völker gebracht hat, ruft die revolutionäre russische Regierung die Völker der kriegführenden Länder zur Mitarbeit auf. Zwei zielbewusste Sozialisten, glühende Verteidiger des Friedensgedankens, furchtbare Ankläger gegen das schrecklichste Verbrechen, das je die Welt erlebt hat, greifen mutig ein als Gestalten des Schicksals der Völker.

Das „reaktionäre“ Rußland gebar aus der Revolution, deren Ziel die Niederwerfung des weltverwundenden Imperialismus ist, die zwei Apokalyphe, die nun im Westen eines 100 Millionen-Volkes Vernunft und Menschlichkeit aufrufen, um zu einem Frieden zu gelangen, den herbeizuführen die ungenügende Diplomatie unfähig ist, den kapitalistischen Wahnsinn in ein Verwahrlosen und Vernichten verwandelt hat, dessen entsetzliche Folgen kein Menschenhirn auszumalen in der Lage ist.

Aber Trost und Genie, diese Fürsten des Weltfriedenswillems bitten nicht nur um Vernunft und Menschlichkeit, sie treten auch den widerstrebenden Mächten. Sie rufen die stärkeren Mächte auf, stärkere, wenn sie dessen sich bewußt werden.

Die Entente-regierungen wollen die Revolutionsregierung nicht anerkennen, wollen dem Gedanken an Friedensschluß nicht Raum geben. Leider können wir auch nicht sagen, daß die Regierungen der Zentralmächte sich so ungenügend und rücksichtslos für die Anerkennung der von Rußland ausgehenden Forderungen erklärt haben, wie wir das wünschen.

Wenn die herrschenden Schichten verlangen, wenn sie das Gemetzel und Vermögen noch weiter fortführen wollen, dann müssen die Völker selbst eingreifen. Und nun erlassen die leitenden Männer Rußlands, mit starker Hervorhebung des Völkerverbandes, den ihre Bemühungen bei den Entente-regierungen finden, einen Aufruf an die Völker, in dem sie zur Mitwirkung an der Friedensarbeit auffordern. Aus Wien verbreitet das k. u. k. Oberkommando einen aufgenommenen Funkspruch, der, soweit sein Wortlaut vorliegt, also lautet:

Zarstosz Efeto, 28. Nov.

In die Völker der kriegführenden Länder! Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die Spitze gestellt. Die Periode der Schwankungen, des Ausschlebens und des Bureaucratismus ist beendet. Jetzt wurden alle Regierungen, alle Klassen, alle Parteien aller kriegführenden Länder aufgefordert, kategorisch die Frage zu beantworten, ob sie zusammen mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden heranzutreten einverstanden sind oder nicht. Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob wir dem neuen Wintersturm mit allen seinen Schreden und seinem Elend ohne Blut durchströmt wird. Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten: Frankreich, Großbritannien, Italien, Vereinigte Staaten, Belgien, Serbien, Rumänien, Japan und China. Wir fragen sie vor dem Angesicht ihrer eigenen Völker, vor

dem Angesicht der ganzen Welt, ob sie einverstanden sind, an die Friedensverhandlungen heranzutreten. Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die verbündeten Völker, in erster Reihe

an die arbeitenden Klassen,

ob sie einverstanden sind, diese sinnlose Kriegspolitik fortzusetzen, sind dem Verderben der europäischen Kultur entgegenzugehen. Wir verlangen, daß

die Arbeiterparteien der verbündeten Länder

unverzüglich die Frage beantworten, ob sie mit der Einstellung der Friedensverhandlungen einverstanden sind. Diese Frage stellen wir an die Spitze. Der Friede, den wir beantragen haben, soll

ein Völkervertrag

sein, er soll ein Ehrenfrieden des Einverständnisses sein, der einem jeden Volk die Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sichert. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat schon ihr Friedensprogramm bekanntgegeben. Wir haben Geheimverträge des Jares und der Bourgeoisie mit den Verbündeten veröffentlicht und diese Verträge für unzerstörlich für das russische Volk erklärt. Wir beantragen

mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag

auf der Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen. Unserem Antrag haben die offiziellen und offiziellen Vertreter der regierenden Klassen der verbündeten Länder mit der Weigerung beantwortet, die Forderungen anzuerkennen und sich mit ihr ins Einverständnis über die Friedensverhandlungen zu setzen. Die Regierung der siegreichen Revolution entsetzt die Anerkennung der professionellen Diplomatie; aber wir fragen die Völker, ob

die revolutionäre Diplomatie

ihre Gedanken und Bestrebungen zum Ausdruck bringt, ob die Völker der Diplomatie erlauben, die große Friedensmöglichkeit, die durch die russische Revolution eröffnet wurde, fallen zu lassen. Die Antwort auf diese Frage... (Störung) Nieder mit dem Wintersturm! Es lebe der Frieden und

die Völkerverbrüderung!

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: Trost.

Vorsitzender des Rates der Volkskommissare: Mianow-Senin.

Aber auch an die Völker der neutralen Völker ergeht die Forderung, alle möglichen Schritte für die Herbeiführung des Friedens einzusetzen. Hier der Wortlaut auch dieses welthistorischen Dokuments:

Herr Botschafter (Gesandter)

In Ausführung des Botschafters des Kongresses der Vertreter der Arbeiter- und Bauernräte habe ich mich im Namen des Rates der Volksbeauftragten an die Botschaften der Allierten mit dem Vorschlage gewandt, Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand

an allen Fronten und den Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Annexionen oder Kontributionen, entsprechend dem Grundsatze der freien Entwicklung der Völker, einzuleiten. Gleichzeitig hat der Rat der Volksbeauftragten die Militärbefehlshaber und die Abgeordneten des republikanischen Heeres damit betraut, vorläufige Verhandlungen mit den Befehlshabern der feindlichen Armeen einzuleiten, um zu einem sofortigen Waffenstillstand an unseren und an allen anderen Fronten zu gelangen. Sondern ich es für meine Pflicht halte, Sie von den getanen Schritten zu benachrichtigen, habe ich die Ehre, Herr Botschafter (Gesandter), Sie zu bitten, alles Ihnen Mögliche zu tun, daß unser Waffenstillstandsvorschlag und die Aufforderung zu Verhandlungen über den Abschluß des Friedens der Aufmerksamkeit der Regierungen der feindlichen Länder amüßlich unterbreitet werde. Endlich habe ich die Ehre, Ihnen meine volle Hoffnung auszusprechen, daß Sie alle Ihnen möglichen Maßnahmen treffen werden, die hiermit gemachte Mitteilung schnell wie möglich an die öffentliche Meinung des Volkes gelangen zu lassen, dessen Beauftragter Sie sind.

Die Arbeiterklassen

der neutralen Länder setzen im äußersten Elende, welche die Folge dieses verwerflichen Krieges ist, dar, wenn man ihn

nicht ein Ende macht, die noch nicht an ihm teilnehmenden Völker in sein germalimendes Triebwerk hineinzuziehen droht. Die Forderung nach sofortigen Frieden ist

der Wunsch der arbeitenden Klassen

aller kriegführenden und neutralen Länder. Aus diesem Grunde hat die Regierung des Rates der Volksbeauftragten die Sicherheit, von den Arbeiterklassen der neutralen Länder entziffen unterstellt

zu werden, und ich bitte Sie, die Versicherung des Wunsches der russischen Demokratie entgegenzunehmen, brüderliche Beziehungen mit der Demokratie aller Länder zu pflegen.

Im deutschen Reichstage hat der neue Kanzler die Aufforderung zum Waffenstillstand und Eintritt in Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker als katastrophal bezeichnet. Im gleichen Sinne hat sich die Regierung Österreich-Ungarns erklärt.

Das Wichtigste ist nun, daß Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden von Vertretern aller kriegführenden Länder aufgenommen werden. Ist man erst soweit, dann wird es keine Regierung mehr wagen, durch unannehmbar, mit den Grundätzen der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Widerspruch stehende Forderungen die Verhandlungen ergebnislos zu machen, ohne Festlegung des spezifischen

Wettbewerbs

Von den Aktien-Schuhfabriken.

Wessels Schuhfabrik A.-G. in Augsburg hat im Geschäftsjahr 1916-17 einschließlich des Gewinnertrages von 129 644,72 M. einen Gewinn von 964 765,80 M. (1915: 822 755 M.) erzielt. Daraus wurden 402 000 M. zurückgestellt für Steuern und sonstige Zwecke sowie 145 489,22 M. vorgetragen auf neue Rechnung, so daß noch eine Summe von 407 276,58 M. verfügbar blieb, wovon die Aktionäre 360 000 M. als eine Dividende von 18 Prozent und der Aufsichtsrat 47 276,58 M. als Lantens erhalten. Die Bilanz zeigt, daß die gesamten wertvollen Einrichtungen bis auf 1 M. abgeschrieben sind. Den Aktien von 4 416 465 M. stehen nur 288 961 M. Schulden gegenüber, so daß das Aktienkapital von 2 Millionen Mark reichlich gedeckt ist. Die Wesselsche Gesellschaft schließt im Gotha die Augsburgische Schuhfabrik ist eine glänzende und ergebnisreiche Godquelle. Und ihre Arbeiter? Sie waren Proletariat, sind Proletariat und werden Proletariat bleiben, so lange die bessere kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht.

Die Gesellschaft hat ohne innere finanzielle Notwendigkeit, also nur aus spekulativen Grunde, das Aktienkapital von zwei auf drei Millionen Mark erhöht und so wird im nächsten Jahre die Dividende nur 12 Prozent betragen statt heuer 18 Prozent. Sie soll dann weniger ausreichen und Begehrtheit werden auf die Arbeiter wirken. Aber die große Dividendensumme finden 1918 die gleichen Kapitalisten ein wie jetzt 1917. Der Aufsichtsrat sagt über die Kapitalerhöhung: „Ebenso sind wir mit dem Antrag des Vorstandes, das Kapital unserer Gesellschaft um 1 Million Mark zu erhöhen, einverstanden. Wir schlagen vor, 800 000 M. hieron einem Bankentfortum zum Zwecke von 160 Prozent zu überlassen, welches diesen Betrag den alten Aktionären im Verhältnis von zwei neuen zu fünf alten Aktien zum Kurse von 165 Prozent zugiglich 5 Prozent Schätzungen ab 1. August 1917 anbieten wird, während die restlichen 200 000 Mark auf seinem Wunsch zum Vorbesther und Better unserer Gesellschaft, Herrn Direktor August Wessels, zu 100 Prozent zu überlassen wären. Die neuen Aktien sollen ab 1. August 1917 dividendenberechtigt sein. Auch in dem hinter uns liegenden Geschäftsjahr hat eine größere Anzahl von Angestellten und Arbeitern unserer Gesellschaft den Heidenot fürs Vaterland erlitten. Wir bebauern das frühe Hinscheiden so vieler treuer Mitarbeiter und werden denselben ein dauerndes, ehrenvolles Andenken bewahren.“

Wenn zu diesem Andenken hinzu den Hinterlassenen der Gehalteten auch noch eine ausreichende dauernde Unterstützung bezahlt wird, was von der Arbeiterklasse gegen bestehendes Lohn erarbeitete große Reichthum der Ge-

fellig sein. ... so werden sie sich damit einigermaßen zufrieden geben.

Die Böhmisches Schuhfabrik A.G. in Gumpoldsdorf stellt ihren Aktionären eine Dividende von 12 Prozent in Aussicht.

Die Königsberger Wollweberei hat die Gerberei von Bang in Rastadt a. Orla, mit der sie seit einigen Jahren in einem Mietverhältnis stand, definitiv in ihren Besitz übernommen und ferner jay an der Umwandlung der Schuhfabrik von Opatowitz in Gumpoldsdorf (Böhmen) in eine Aktiengesellschaft mit 1,2 Millionen Kronen neben der Schuhfabrikfirma Krametzstein in Wien-Neubau und der Wiener Allg. Depositenbank beteiligt. Die Böhmisches Wollweberei hat für diesen Zweck ihre Guthaben in Oesterreich veräußert.

Die Schuhfabrik Heilmann A.G. in Schweinfurt verteilt an ihre Aktionäre eine Dividende von 10 Prozent. Die Fabrik arbeitet ausschließlich für das Bekleidungsamt.

9 Prozent Dividende verteilt die Schuhfabrik Herz A.G. an ihre Aktionäre.

Die Schuhfabriken bieten den Kapitalisten glänzende Kapitalvermögen — zum Teil nur ebenso für die Arbeiter und gewandte Arbeitsgelegenheiten mit völlig ausreichenden Arbeitslöhnen und menschenwürdiger Existenz bieten würden.

Schuhpreiswucher.

Der berühmte Amerikaner Benjamin Franklin sagte, daß man nur durch Arbeit reich werden könne und diese beiden Worte sind selber von den Kapitalismen kaum jemals getrennt worden, um den Arbeitern planlos zu machen, daß die Kapitalisten ihre Reichtümer nur der eigenen Arbeit, ihren großen Fähigkeiten und Umsicht, ihrer rastlosen Tätigkeit und Sparsamkeit verdanken. Würden die Arbeiter die gleichen Eigenschaften und Tugenden haben, so gäbe es nur Kapitalisten und keine Proleten mehr. Die Franklin'schen Worte lauten nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet: Man kann nur durch die Arbeit reich werden, aber nur durch die Arbeit anderer Leute! Augenblicklich sind überzeugt wie noch nie lehnen diese Wahrheit die Erzeugnisse der Kriegszeit, die mühselig ungezählte Millionen ersehnte Löhne, noch reicher und insbesondere der Inhaber des Schuhwarenkaufes Romeo Joachim Rosenbergs in Stuttgart, haben Schuhwaren zu Wucherpreisen verkauft und in großem Umfange, Rosenbergs für etwa 1 Million Mark, Waren im Wege des wüsten, unerkauften Einkaufs an sich gezogen. Die dabei eingehelmten Kriegsgewinne erreichten ganz beträchtliche Summen. Rosenbergs hat sich während des Krieges in Stuttgart eine Villa um 150 000 Mark gekauft und hat zu deren Einrichtung für nicht weniger als etwa 80 000 Mark Möbel bestellt; für den Einkauf von Juwelen und Bildern hat er in jedem Monat hunderte von Mark ausgegeben. Benjamin Spira und Rosenbergs sind Klagenommen worden. Geschädigte Mengen von Schuhwaren wurden beschlagnahmt und werden dem gerechten Versteigerung geführt. Rosenbergs hat seine unerlaubten Einkäufe hauptsächlich in Virmansens gemacht. An den unläuternden Nachbarn der Eheleute Spira sind ferner eine Anzahl Schuhfabrikanten in Lutzingen beteiligt. Dort haben sich u. a. die Firmen Joh. Martin (Hah. Ernst Martin), Peter Wölter und Karl Schuermann und in besonderen Maße die Firma M. Greß Söhne (Joh. Eugen und Ernst Greß) grebe Versteigerung gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Schuhwaren zu Schulden kommen lassen.

Spira und Rosenbergs sind verhaftet worden, das Geschäft des letzteren ist in eine G. m. b. H. mit 100 000 Mark Stammkapital umgewandelt worden. Es sollte uns nicht wundern, wenn auch so ein Rosenbergs sich auf Benjamin Franklin berufen und unerschrocken erklären würde: Gott des Gerechten, man wird doch nur durch eigene Arbeit reich! Zunächst ist er reich geworden durch die Raubzüge auf die Taschen seiner Käufer, die er mit Wuchergewinnen ausplünderte.

Weitere trübe Schicksale der Raubwirtschaft offenbart die 'Wahlsche Presse':
... Der wüde Schuhhändler läßt sich nicht unterliegen. Es wird weiterverkauft und infolgedessen auch sehr weitergeschleppt. Die Entlegung eines Teiles der Schuhvertriebe, über die man wohl in sich geheimer Meinung sein kann, hat hier ungewollt eine Schiebergesellschaft großgezogen. Um die Verbindung mit den Reisenden aufrecht erhalten zu können bedient sich die Heisterler sogenannter Mittelspersonen (nur heutzutage findet man in einem Kaffee den Mittelstücken) oder selbst die Ware an private Kaufleute weiterverkauft. Das für diese bei diesen Geschäften gewöhnliche, immer nur unter aller Phantasie an Kaffees bringen die Heisterler, die sich zum Teil aus Jünglingen zusammensetzen, in Genuß und Braus die Geminne durch. Der Umfang der heimlich betriebenen Schuhfabrikation übersteigt auch heute noch, als Kontrolle das Maß des Glaubens. Wenn man hört, daß heute sogar in Privathäusern unter Dach und Fach und gekannt wird, kann man ohne weiteres begreifen, daß eine Kontrolle, wie sie gegenwärtig

gehandelt wird, niemals das Neben an der Wurzel packen kann. Dem realen Geschäftsmann in dessen Schuhenstern eine unheimliche Beere säht, wird durch diese verborgene Schuhfabrikation der Boden unter den Füßen weggeschaukelt. Der Geschäftsmann möchte am liebsten schlafen, denn durch die Schädlinge, die ihm in den Schuhschleibern erwachen sind, werden ihm Wunden beigeschnitten, die sobald kaum vernarben. Nicht viel besser daran ist der Käufer selber, der Käufer, dem das nötige Großgeld mangelt, um die Schuhe der heutigen Erigen Schieber zu beschreiben. Es läßt sich nicht denken, daß die Behörde noch strengere Maßnahmen in die Wege geleitet würden; denn die bestehenden reichen nicht aus.

In Berlin wurden zwei Individuen verhaftet, die früher Möbelfabrikanten waren, in der Kriegszeit aber sich auf die Schuhfabrikation warfen, die so überaus rentabel ist. Als ihnen die Behörde die Schuhfabrikation untersagte, betrieben sie sie heimlich, bis sie endlich verhaftet wurden. Ihre Fabrikate hatten sie im Schleißhandel zu hohen Preisen an den Mann gebracht.

Die Schuhwucherer haben nur den einzigen 'mildernden Umstand' für sich, daß sie nicht die einzigen Räuber sind, die das Volk ausplündern, sondern daß es viele ihrer 'Berufsgenossen' auf allen anderen Gebieten ebenso treiben, so z. B. die Wuchergewinner. Dafür liefert die Tagespresse wieder einen neuen Beweis mit folgendem Fall:

Am Landgericht Hof a. S. ging am Mittwoch ein großer Prozeß zu Ende. Angeklagt war der frühere Wuchergewinner, jetzige Privatmann J. Einhardt von Krehau. Er hatte, entgegen seinem tatsächlichen Einkommen, in den Jahren 1914—16, für die er 25 000, 34 000 und 561 640 Mk. angab, nach der ihm gerichtlicherseits gemachten Aufstellung 75 000, 85 000 und 1 282 663 Mk. Einkommen erzielt. Zu seiner Verteidigung gab der Mann an, die Steuererklärungen hätte bisher immer sein Sohn gemacht, bis auf die letzte, eine launmännliche Kraft habe er in seinem Betriebe bisher nicht gehabt, somit den Bestand und den Reingewinn nicht ermitteln können. Alle Ausreden halfen ihm nichts, er wurde zu einer Geldstrafe von 270 000 Mk., das ist der sechsfache Betrag der hinterzogenen Steuer, verurteilt.

Interessant war vor allem zu erfahren, wie die Preisretreibern beim Leder vor sich gehen. In der Verhandlung wurde nämlich festgestellt, daß zu Einhardt ein Vertreter der Kriegs-Leberrgesellschaft aus Münden gekommen und ihm entgegen dem bisherigen Preis von 2 Mk. für das Lkm 7—8 Mk. geboten habe. Für dieses Geschäft gab L. als Gegenleistung für Wohltätigkeitszwecke den Betrag von 28 000 Mark.

Zeigt schon dieser Fall die nicht zu verkennende Preisretreibern, so gibt der folgende, die Steuerhinterziehung begünstigende Ratsschlag einer Großbank noch mehr zu denken. In der Verhandlung wurde nämlich ein Schreiben vorgelesen, das der Untersuchungsrichter in der Wohnung des L. beschlagnahmt hatte. Wir geben dieses Dokument im Wortlaut wieder. Es lautet:

Hof, den 17. 8. 1915.
Bayerische Diskonto- und Wechselbank
A.G., Filiale Hof, Direktion.
Betrachtung!

Wir kommen auf die kürzliche Unterredung zurück und überlassen Ihnen mitfolgender Abschlagsbewilligung über die für uns eingetragene Grundschuld von 100 000 Mk. zur gütlichen Bedienung. In Ihrem Interesse würden wir Ihnen empfehlen, dieselbe gegenwärtig zum Vollzug im Grundbuch nicht in Vorlage zu bringen, da zu befürchten ist, daß das Merkmal aus dieser Rückzahlung auf Ihre Gewinnaufgaben steht.

Auch dieser Fall zeigt, wie und mit welcher Hilfe Steuern hinterzogen werden. Zu der Ausplünderung des Volkes durch Wuchergewinne kommt noch der Steuerbetrag am Reich, an den Bundesstaaten und den Gemeinden!

Das millionenfache lohnarbeitende Volk ist verarmt, Reich, Staaten und Gemeinden sind mit Milliardenschulden bis zum Zusammenbruch belastet; aber eine kleine Klippe von Kapitalisten und Unternehmern, Spekulant, Schiebern, Wuchergewinnern und Gaunern bereichert sich inzwischen mit ungezählten Milliarden, aus dem Kriegsgewinn der Wähler münzen sie Berge von Gold.

Konjunktur dieser Vermögen im Interesse der Volkswohlfahrt wäre das stärkste Mittel, hier der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Aus unserem Beruf.

Kommunale Schuhfabriker. Die Stadt Remscheid hat 200 000 Mk. für die Schuhverfertigung der Schulkinder zur Verfügung gestellt. Es sollen jedem Schulkinde ein Paar Schuhe mit Leder- oder Eisensohlen auf lädliche Kosten beschafft werden. — Die Stadt Leipzig hat 45 000 Paar Holzsohlenstiefel durch die Kleiderstelle bestellt, mit denen dem Mangel der ärmeren Bevölkerung an Schuhen abgeholfen werden soll. Es soll sich dabei um Schuhe aus Segelfasern mit Lederbesatz und Knochensohlen handeln.

120 Mark für ein Paar alte Knochensohlen, die als neue 70 Mk. gefordert, sollen nach dem 'Schwarzwälder Boten' in Lützenfeld bei Marbach bei einer Versteigerung bezahlt worden sein. Der gütliche Käufer soll erklärt haben: 'An einen Hundertmarkstein kann ich nicht hineinschließen, wohl aber in ein Paar Stiefel', womit er ungewissheit recht hat. Von frühzeitigem Lebenslauf wird aus Breslau berichtet. Dort schließen die Schuhfabrikanten ihre Geschäfte der Nacht und Knochensohlen wegen schon am Nachmittag um 8 Uhr, am Sonnabend mittags um 1 Uhr, nachdem sie sie

noch morgens erst um 8 Uhr öffnen. Zweifellos geht es auch so. — Die Berliner Schuhhändler hatten ihre Läden nur noch offen von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, am Sonnabend von 10 bis 7 Uhr.

Schuhwaren sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Trotzdem in bundesräumlicher Verordnungen und Gerichtsentscheidungen in Uebereinstimmung mit dem gesunden Menschenverstand Schuhe als Gegenstände des täglichen Bedarfs erklärt worden, werden zumgunsten des Schuhwuchers immer wieder Verträge gemacht, sich darüber hinwegzusetzen. So hatte das Schöffengericht Neutöblich die Schuhhändler Frau Wittowski wegen Kriegswucher auf 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie Schuhe für 15,50 Mk. und 18,50 Mk. verkaufte, die sie für 9,50 Mk. gekauft hatte. Die Strafkammer sprach die Schuhhändler aber frei, weil der Wucher der Schuhhändlerverbandes erklärt hat, Schuhe seien nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs, ebenso der Senatspräsident Dr. Mosta am Sommergericht in einem Zeitungsartikel. Höchstens hat die Staatsanwaltschaft gegen das offensbare Fehlurteil Berufung an die höhere Instanz eingelegt, um den offenbar vorliegenden Schuhwucher nicht straflos ausgeben zu lassen.

Wie viel Schuhe darf man haben? Die Reichsbeschaffungsstelle, die wohlthätige Spenderin von Begusschneidern, hat verfügt, daß solche nicht erteilt werden dürfen an Personen, die 2 Paar Schuhe oder Stiefel, 1 Paar Haus- oder Pantoffel oder ausgefallene Schuhe ohne Spange, 1 Paar Sandalen oder Turn- oder Tennis-Halsbänder und 1 Paar Holzschuhe (Pantoffeln) besitzen.

Eine neue Sohlengießerei mit 30 000 Mk. Stammkapital, mit dem Geschäftsführer Martin Samson an der Spitze ist in Hamburg gegründet worden. Die Gesellschaft will eine Holzsohle mit Lederbesatz patentieren lassen und in Gewinn umsetzen, ferner auch den Schuhhandel usw. betreiben, sie will einfach Geschäft und Gewinn machen.

9 Prozent Dividende erhalten die Aktionäre der Schuhfabrikation noch immer sehr rentabel ist.

Die 'Schuhbelegungs-Gesellschaft' des 18. Bezirkes hielt in Essen eine Versammlung ab. Es wurde über die augenblickliche Lage im Schuhhandel mitgeteilt, daß zurzeit nur etwa 400 Schuhfabriken in Deutschland arbeiten gegen 1800 in Friedland. Von den 400 arbeiten 100 für die Heeresverwaltung, 100 für Haus- und ähnliche Artikel, 200 besorgen die Schuhfabrikation für die Zivilbevölkerung. Es ist bestimmt worden, daß von den 50 Millionen Paar Schuhen, die im Laufe des Jahres hergestellt werden können, 90 Prozent Holzsohlen erhalten. Es wurde ferner die Einstellung der 18 Schuhbelegungs-Gesellschaften kritisiert, die ungebührliche Kosten verursachen und die Belieferung nur unzulänglich machen. Auch die Ertragsgesellschaft erfüllte infolge Lieferung schlechten Materials ihren Zweck nicht.

Die badischen Lederwerte Karlsruhe-Wehlburg stellten im letzten Jahre einen Kapitalertrag von 500 000 Mk. auf 594 221 Mk. oder 45,275 Prozent mehr als im Jahre vorher. Der auswärtige Reingewinn betrug sich von 33 627 Mk. auf 1 111 111 Mk. die Dividende von 2 auf 9 v. H. Das Unternehmen arbeitet mit 1 Million Mark Aktienkapital.

Holz statt Leder. Von der Ertragssohlen-Gesellschaft wurde in Berlin am 27. November eine Ausstellung eröffnet, die Gelegenheit gibt, sich über die Beschaffenheit der künftigen Schuhwerks zu informieren. Die Ausstellung enthält die verschiedensten Arten von Brand- und Lauffasern und anderer Ertragssohlen zum Ausprobieren, aus Holz, Horn, Papiergewebe, Lederabsätzen, ferner Sperrholzsohlen, die sich der Form des Fußes gut anpassen. Die Sohlen sind vielfach durch Strohholzkörperchen oder Metallbeschichtung dauerhaft gemacht, ihre Haltbarkeit wird auf etwa vier bis sieben Wochen geschätzt. Zu erwähnen sind besonders die Vollholzsohlen, die aus Laubbäumen (Eiche, Birke usw.) hergestellt sind und den Fuß warm und trocken halten soll. Sie ist etwa 1 1/2 bis 2 Zentimeter hoch und soll etwa drei Monate halten. Der Preis beträgt 1 bis 1,50 Mk. Auf dem Lande werden naturgemäß dickere Sohlen gebraucht wie in der Stadt. Eine reichhaltige Sammlung, neuer Stiefel zeigt auch hier neben anderen Ertragssohlen die Vollholzsohle. Bei dem kräftigen Stiefel wird der Stoff aus Papiergewebe sein, das in verschiedenen Farben hergestellt wird, oder aus Segeltuch, und der Besatz aus Leder- oder Vorkalbsleder. Die Ertragssohlengellschaft mit einem jährlichen Bedarf von 50 Millionen Paar neuer Stiefel und 150 Millionen Paar Reparaturen.

Mangel an Rohstoffen erzwangen bei der Adler und Oppenheim Lederfabrik A.G., Straßburg i. Elsaß starke Betriebs einsparungen. Der Gewinn ging zurück. Trotzdem konnte man, wie in den beiden Vorjahren, wiederum 20 v. H. Dividende verteilen. Nachstehend stellen wir zusammen, wie sich die Ertragsnisse des Unternehmens in den letzten 3 Jahren zusammen gefasst haben. Es beträgt danach das Aktienkapital 12 000 000 Mk. der Warengewinn 26 692 684 die Summe der Abschreibungen 3 871 429 der Reingewinn 16 983 697 der Dividendenbetrag 7 300 000 die Summe der Forderungen 700 000

Demnach ist das Aktienkapital 1 1/2 mal als Reingewinn herausgebracht worden; 60 Prozent des Grundkapitals wurden als Dividenden ausgeschüttet und nochmals fast 6 Prozent als Forderungen. Wie hoch die Abschreibungen sind, wird nicht verraten. Für 1914/15 hat man 3 Millionen Mark als in die Rücklage gebracht, ausgewiesen; in den zwei letzten Jahren sind die Rückstellungen vor Darlehen des Reingewinns summiert mit den Verlusten abgezogen worden. (Verf. d. 'Wahlsche Presse')

Das geht es auch
Ihre Adressen nur
Ihr nachmittags,
Ihnen Bedarfs
und Gerichts
unden Menschen
Bedarfs immer
wagzusehen. So
ihändlerin Frau
1. Beststraße ver-
1850 Nr. 10.
Die Strafkammer
der Wochens des
e seien nicht Ge-
Senatspräsident
ungersarikel. So
offensbare Fein-
ingelagt, um den
straflos ausgeben
Die Reichsbank
Bezugsheften,
dürfen an Pen-
Paar Hausföng
e ohne Spang
s-Halsb. 1/2 u
00 Nr. Stamm-
Samson an der
Die 9-101 4
ren lassen und in
und umf. betr.
machen.
Honore der Sch-
tonäre des Seiten
des 18. Bezirk
wurde über die
teilt, daß jurist
id arbeiten gegen
iten 100 für die
de öffentliche
Zivilbevölkerung.
Millionen Deut
it werden können.
de schief die Ein-
kritisiert, die An-
lieferung nur vor-
erfülle infolge
de nicht.
se-Wahlburg u
gehörigen in 50
5 Projekt mit
Reinigung der
e Stenografie von
et mit 1 1/2 Wä
sohlen-Gesellschaft
die Ausstellung er-
Befähigung der
die Ausstellung ent-
und Laufföhen
aus Blech, Born,
verföhlen, die
Die Gohlen sind
Metallbeziehung
auf etwa vier W
und besonders die
Birtle usw.) her-
oden halten soll.
und soll etwa drei
bis 1500 Nr. Auf
Gohlen gebraucht
Sammlung, neuer
die Stöckelungen
der der Schöft
Farben beregest
als Chereanz
schaft mit einem
neuer Schöft
el der Adler und
rg I. Eißfärling
ng jurid. Trop-
fahren, wiederum
nd stellen wir zu-
ernehmer in den
Es beträgt danach
12 000 000 Nr.
26 692 634
3 871 420
10 993 097
7 200 000
700 000
al als Ringewohn
ed Grundkapital
nd nochmals soll
die Stöckelungen
man 3 Millionen
geworfen; in den
n vor Darlehen
Wahlen abgerief

Schweizer in Budapest. In der ungarischen Haupt-
residierten Geheimpolitikum 40 Verhandlungen und
gen in 18 davon Bürgerpreise fest, jedoch sie angezigt
den. Kadärlig haben die „erbarmen Kaufleute“ dagegen
spruch erhoben, aber ohne Erfolg.

Die treibenden Kräfte des Krieges.

III.
Ob es richtig war, daß ein Teil der Arbeiterschaft der
gehörten Staaten sich den Kapitalisten zugesellte und
und in ihrer Gefolgschaft blieb, das ist die unstrittige
Sache. Die notwendige Folge war die ultierte Verlänge-
rung des Krieges. Hätten wir brüden ist an die „freie Ent-
scheidungsgewalt“ gebot. Das militärische Ziel konnte
nur die Unterwerfung sein, für den andern Teil also
Verträge, Unterbindung der freien Entfaltung.
Die Arbeiterschaft aller zivilisierten, fortgeschrittenen
aber hat ihr Wohergehen, unabhängig von den nation-
al kapitalistischen Wünschen und Bestrebungen, nach in-
ternationalen Gesichtspunkten einzustellen.
Für die Arbeiter steht immer die Frage im Vorder-
grunde, ob in der Zulassung wirtschaftlicher Art beim Auf-
sprung imperialistischer Kräfte der Krieg überhaupt
eine Lösung zu bringen vermag.

Der Krieg selbst hat die Antwort darauf gegeben. Die
er und Schädigungen, die gebracht, sind so groß, daß der
imperialistische Erfolg nie nicht ausweisen könnte.
Es ist durch den Krieg gewonnen, aber unendlich viel ist
die Menschheit verloren gegangen. Anstatt eine Lösung
bringen, hat der Krieg die Kluft zwischen den Völkern
verleert.
Der ergaste politische Nationalismus hat diese Verbin-
den und internationale Beziehungen dauernd zerstört.
Der Krieg hat die Gefahr der wirtschaftlichen Wärschlebung
Völler oder die des dauernden Handelskrieges, die der
unabwendbar oder der verhängnisvollen Wärschlebung durch
äußeren herausbeschworen. Man schmer zu dem Schlag-
et vom Schlag der nationalen Arbeit, fand sich wohl auch
an mit der kapitalistischen Idee des Wärschlusses durch Zoll-
nenn ab und merkte nicht, daß man damit die Rolle des
wärschlusses für das internationale Kapital übernahm.
Ein militärischer Sieg ist nicht auch eine wirtschaftliche
Lösung. Wirtschaftliche Gegensätze kann man im wirt-
schaftlichen Wettbewerb bezeugen. Alle Regungen eines
nationalistischen Ubergewichts, die Staatsgewalt für solche
zweck auszugeben, sind zu bekämpfen.
Der Eigenbedarf der Völler ist mit der fortgeschrittenen
zivilisation gemäßig geltegen. Darüber hinaus sind fremde
Bedürfnisse immer mehr dem Bedürfnisse erschlossen worden.
Es erscheint überhaupt ausgeschlossen, daß ein Volk ein
wies arbeitete. James Hoff würde völlig von den internati-
onalen Wärschlüssen ausschließen können. Ein aufstrebendes
Volk muß sich wirtschaftlich durchsetzen.

Das militärisch-imperialistische Ziel, die ganze Welt wirt-
schaftlich an sich zu reißen, wird keinem Staate gelingen.
Nur allein könnte den Weltbedarf an Industrierzeugun-
gen nicht befriedigen, aus Deutschland oder ein anderer
nicht. England ist hervorragend ein Weltmarkt,
im Wesen mehr auf Kapital als auf Arbeit beruht. Zum
an Teil ist Englands Kapital im Handelsvertriebe in-
vestiert. Die Weltwirtschaft ist in ihren Grundbedingungen,
auch ihrer Entwicklung nach international. Die ver-
schieden Völler und Industrien sind schon in der Rohstoff-
beziehung voneinander abhängig.
Je mehr der Krieg sich zuspitzt, um so stärker gewann
in Kapitalistkreisen die Erkenntnis Raum von der
wichtigkeit, durch Verständigung wieder zu einem fried-
lichen Zusammenarbeiten zu kommen. Alle sind aufeinander
zuweisen und kommen am weitesten bei gegenseitiger Ver-
ständigung.

Unsere Betrachtungen hatten den Zweck, die Ursachen
treibenden Kräfte zum Krieg nach einer einzigen Seite
der wirtschaftlichen, etwas näher zu beleuchten.
Die völligstlichen anderen Gründe, wie z. B. Machen-
den der Geheimdiplomatie, nationale Verhetzung, mili-
täre Vörrherrschafft, dynastische Wärschlebung, auch Erober-
gierde nach territorialen Besitz, nach Erzählungen und
Wärschlüssen, das Verlangen nach Wärschlüssen
Schiffahrtswegen, und was sonst der offenen und ge-
schlossenen Dinge mehr sind, die zur Entzündung des Kriegs-
feuers ihr Teil beigetragen haben, sind hier nicht näher
erwähnt worden.

Doch noch unsere Betrachtung zeigt, daß der Gehante
der Unabwendbarkeit und Unermittlichkeit der Kräfte
ist. Wie zu ihrer Entstehung menschliche Leidenschaften
beizugend sind, müssen Kriege auch durch menschliche Vor-
urteile zu verhindern sein.
Man verpöcht sich dieses Ziel, indem man das Recht
die Stelle der Gewalt leht. Ein „heiliger Bund der
Nationen“, das „sterbliche Verprechen der Staaten“, inter-
nationale Schiedsgerichte zur Vermählung künftiger Kriege
respektieren, einige Sicherheit bieten können.
Die Möglichkeit der Kriegsverhinderung besteht darin,
die treibenden Kräfte entgegenzuwirken, das heißt, alle
Kräfte, die zu kriegerischen Zustimmungen neigen — allen
vorn dem imperialistischen Wärschlüssen — unter Kon-
trolle zu stellen, ihnen durch internationale Wärschlüsse
Wärschlüsse aufzugeben, wogu jedes Volk in seinem Teile
beizugend hat.
So es immer nur ein wirtschaftlicher Wärschlüsse
Wärschlüsse, der die Wärschlüsse des Krieges zerstört, ist auch er

der gesamten großen Volkswirtschaft nicht fallen, ihr Ziel
durchzusetzen.
Die Entschädigung liegt auf politischem Gebiete. Anstatt
staatliche Unterstützung, muß eine staatliche Verhinderung
der imperialistischen Bestrebungen einsehen. Dazu braucht
das Volk eine Staatsgewalt, die auch dem Volkswillen Rech-
nung trägt.

Erfolg können sich die Völler nur verschaffen, wenn sie
die Kräfte der Massen zusammen zu lassen und deren Einfluß
in politischer Hinsicht ständig geltend zu machen verstehen.
Der verheerende Krieg hat den Gehanten eines dauer-
nden Wärschlusses bis in die letzten Kreise der Völler hin-
eingetragen. Als völlig ausgeschlossen muß es gelten, daß
Kriegsgrößen jemals wieder aus allen Teilen des Volkes
Beizugend erhalten, — die Stimmung des Friedens muß fest-
halten alle Wärschlüsse beherrschen.

Zwang zur Ausräumung der internationalen Schiedsgerichte,
Beizugend der Geheimdiplomatie, Freiheit des Ver-
kehrs, allgemeine Wärschlüsse bieten auf dem Gebiet der
allgemeinen Politik Wege zur Wärschlüssen.

Es sind dies alles Forderungen, die die internationale
Arbeiterversammlung schon vor dem Kriege erhoben und ge-
nau präzisiert hatte. Es hat in allen Ländern nicht an war-
nenden Stimmen gefehlt, die unter Bekämpfung der An-
neigungsgelüste sich für rasche Beendigung des Krieges ein-
setzten. Wenn sie auch nicht durchbringen konnten, so
sind sie doch ein Beweis dafür, daß die alte Internationale
bomats schon auf dem richtigen Wege war.

Im Kampf für einen Dauersfrieden und gegen Kriegs-
treiberer muß die Arbeiterschaft wieder an erster Stelle
stehen, da sie international die gleichen Ziele hat. Dem
Proletariat stellt die geschichtliche Aufgabe zu, in allen Län-
dern alle antikriegerischen Kräfte zu vereinigen, auf poli-
tischen Gebiete wirksam zu machen.

Das Proletariat steht zum Imperialismus im schärfsten
Widerstand. Der Kapitalismus verfolgt mit dem Kriege
nicht nur das Ziel der Machterhaltung nach außen, sondern
zugleich das der unbedingten Herrschaft im Staate.

Die imperialistische Kapitalismus! Die internationaler
Sozialismus!

Auf der einen Seite der Kriegstreiberische Kapitalismus
mit dem Ziel, unumkehrbar zu herrschen.

Auf der andern Seite der wärschlüssen internationaler So-
zialismus — kein nationaler Sozialismus —, der die Völler
der ganzen Welt zu einem Willen, zu einem Ziele,
dem Willen zum Frieden und dem Streben nach Eintracht
vereinigt.

Uebergangswirtschaft.

Schon kurze Zeit nach Beginn des Krieges wurden die
Klagen laut der Wucher. Auf allen Gebieten machte er
sich breit. Erzeuger und Händler wetteiferten darin. Die
Not der anderen wurde für die Warenbesitzer das glerig
benutzte Mittel, sich schnell und gründlich zu bereichern.
Die moralische Verurteilung des habgierigen Gebarens
prallte an der harten Mauer entfeister Gewinnsucht
wirkunglos ab.

Immer dringender wurden die Forderungen nach ge-
setzlichen Schutz. Der Wucherparagraph verbotene nicht
ein sorgfältiger frecherer Auftreten der Deutsche. Ver-
ordnungen über Höchstpreise, Beschlagnahme von Waren,
Meldepflichten usw., alles erwidert sich als ergebnislos. Das
Wettlaufen nach Profit, nach mühseliger Bereicherung hatte
begonnen; es gab kein Halten mehr. Wucher und Krieg
waren ja auch stets Begleiterscheinungen. Es gibt kein
Mittel, den Wucher während der Kriegszeit vollständig zu
bannen. Wir erfahren ja, daß er um so wüßiger gedeiht,
je länger der Krieg dauert, obwohl mit verschärften Straf-
androhungen usw. nicht gehort wird.

Im Wucher offenbart sich das tiefere Wesen der kap-
italistischen Wirtschaftsweise. Ihre Grundlage ist die auf
der Arbeit entspringende Gewinnmacherei, das heißt, der
Anneigung eines Teils der Erträge der wertvollen Arbeit
durch das Kapital. Diese Anneigung hat verschiedene
Wege. Sie erfolgt unmittelbar, indem den Arbeitern nur
ein Teil ihres Arbeitsertrages in Form von Lohn ausge-
zahlt wird. Die unmittelbare Anneigung besteht darin,
daß die Warenbesitzer die Preise in die Höhe treiben, so
ihren Gewinn vergrößern, die Kaufkraft des Geldes herab-
setzen. Der Anteil von Arbeitsertrage, den der Arbeiter
mit seinem Lohne zurücklassen kann, wird kleiner. Die
Verhältnisse am Arbeits- und Warenmarkt sich entscheidend
für die Schärfe, mit der die beiden Mittel der Gewinn-
macherei wirksam werden.

Ist das Angebot am Arbeitsmarkt größer als die
Nachfrage, dann über das härtere Angebot gar leicht einen
scharfen Druck auf die Löhne aus; andererseits bewirkt
eine große Nachfrage am Arbeitsmarkt eine Steigerung des
allgemeinen Lohnniveaus. In ähnlicher Weise beeinflusst
Angebot und Nachfrage am Warenmarkt die Bestimmung
der Preise. Ist die zur Verfügung stehende Menge irgend-
eines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Erzeugnisses
größer als der Bedarf, dann sinken die Preise. Dieser
Bedarf will verkaufen; wer die günstigsten Angebote
macht, hat die meiste Aussicht, seine Läger zu räumen; die
Konkurrenz treibt die Preise herunter. Entgegengesetzt ist
die Bewegung, wenn der vorhandene Vorrat von Waren
den Bedarf nicht befriedigen kann. Dann setzt eine Kon-
kurrenz der Verkäufer ein: sie zahlen willig höhere Preise
oder sie bieten von selbst mehr, um in den Besitz der be-
gehrten Erzeugnisse zu gelangen. Am beständigen wird die
Drängung, wenn es sich um Erzeugnisse handelt, die zur
Erzeugung des Lebens notwendig sind: Nahrungsmittel,
Kleidung, etc.

Welche herangezogenen Fälle hat der Krieg nun in ganz
besonders scharfer Art sich auszuwirken lassen. Weil die
sonst übliche Zufuhr unterbleibt und dazu ein Mangel an
Arbeitskräften bei Erzeugung einschränkt, schließlich auch
noch die Vorkräfte an Rohstoffen auf die Menge gehen,
insolgedessen die an den Markt gelangenden Waren den
Bedarf nicht befriedigen konnten, sanken die Preise im
Verhältnis von Angebot und Nachfrage bald langsam, bald
jedoch sprunghaft in die Höhe. Und je geringer das An-
gebot im Vergleich zu dem Bedürfnis wird, um so stärker
wird sich die Preistreibererei fortsetzen. Diese hier wirkenden
Kräfte und Mächte sind so stark, so rückstößlich, so woge-
mächtig, daß alle Verordnungen, Strafandrohungen und
selbst einzelne erlassene schwere Strafen sich als beinahe
gänzlich wirkungslos herausstellen.

Es soll dabei nicht verschwiegen bleiben, daß man mit
geeigneten Maßnahmen der Preistreibererei und dem Wucher
wohl empfindlich hätte zu Leibe gehen können. Es sei da-
nur auf die von den Gewerkschaften kurz nach Kriegsbeginn
geforderten gesetzlichen Eingriffe hingewiesen. Aber es wäre
doch verfehlt, anzunehmen, daß mit irgendwelchen Maß-
nahmen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftswel-
te der Wucher vollständig hätte unterdrückt werden
können. Lebensfälle waren wie nicht umhin, diese Ja-
stände, wie sie hier auszuwachsen sind, zu bessern, un-
schädlich unserer Forderung, daß gegen Wucher und Preis-
treibererei überall rückstößlich eingeschritten werde.

Die Preistreibererei wirkte naturgemäß auch auf die
Arbeitsverhältnisse zurück. Im Arbeitsmarkt wurden so-
gar zwei Kräfte wirksam, die den Lohn dringensdringlich
müßten; der Mangel an Arbeitskräften und das Sinken
treiben der Warenpreise! Um Arbeiter an sich zu ziehen,
setzten die Unternehmer die Löhne hinauf. Die Arbeiter
müßten höhere Löhne verlangen, weil die an den Markt
steigenden Warenpreise anders die bescheidenste Lebens-
haltung nicht gestatteten. Unternehmer und Landwirte be-
haupten allerdings, daß die steigenden Löhne die Verteuerung
der Waren bedinge, ein Höhersteigen der Preise notwendig
wäre. Wie falsch das ist, ergibt sich schon aus
der Tatsache, daß die Wucherer längst eingestuft hatte, alle
die Löhne eher noch ermäßigt als gesteigert wurden. Und
ganz einwandfrei wird bewiesen, daß die Warenverteuerung
die Lohnsteigerungen nach sich zog durch den Umstand, daß
die Preissteigerungen der Lohnsteigerung immer voraussetzt
und viele Preissteigerungen voraus bleibt. Anders wäre es
ja nicht möglich, daß Landwirte und gewerbliche Unter-
nehmer anbauend wachsende Gewinne erlangen; trotz der
Lohnsteigerungen steigt der Kapitalgewinn und die Boden-
rente, während die Arbeiter bei den nominal höheren
Löhnen ihre Lebenshaltung einschränken müssen.

So entwickeln sich die Verhältnisse bei unbeeinflusster
Wirtschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Es
ist aber nicht unbeeinflusst. Die Unternehmer bilden Monop-
pole. Demen herauszuwachsen hat der Krieg begünstigt.
Mit den Monopolen schalten sie die Konkurrenz aus, machen
durch ein Zurückhalten der Waren das Angebot künstlich
klein, treffen Vereinbarungen über Minimalpreise. Die
Kriegswirtschaft hat auch diese Verordnungen begünstigt.
Der Handel greift in der gleichen Weise ein. Er läßt die
Waren vom offenen Markt verschwinden; das Angebot
bleibt weit hinter der Nachfrage zurück, die Preise springen
in die Höhe. Die Nationalisierung und die Beschlagnahme
von Waren sowie die Anordnung von Höchstpreisen konnte
diese Entwicklung nicht verhindern. Der Schließhandel
setzt ein, macht das Uebel doppelt groß, indem er die der
Besamtheit zur Verfügung stehenden Mengen verkleinert
und sie dem Kleinen, besonders zahlungsfähigen Wohlstand
aufteilt.

Diese ganze Entwicklung, alle diese Vorgänge schärfen
in schmerzhafter Weise die Arbeiter. Man ist aber die
Frage aufzuwerfen: Sind sie gänzlich machtlos? Darauf
ist mit einem „Nein“ zu antworten! Wie schon bemerkt,
müssen sie nach wie vor entschieden darauf dringen, daß
sie durch gesetzliche und verwaltungsmäßige Maßnahmen
gegen die allzu freien Wucherer geschützt werden. Es
wäre jedoch falsch, von dieser Seite einen stillbaren Schutz
zu erwarten und darauf zu warten. Man muß sich doch setzen,
daß durch viele Maßnahmen die Preistreibererei gestoppt
wird, anstatt ihr Spiel vorzuschieben. Was soll man aber
noch weiter gefahren? Da ist die wichtigste Frage! Die
Arbeiter sollen und müssen den Arbeitsmarkt ebenfalls be-
einflussen.

Doch wie kann das geschehen, wie können die Arbeiter
das Angebot von Löhnen zu ihren Gunsten beeinflussen?
Nach der gleichen Weise, wie die Unternehmer! Sie müssen
die Konkurrenz der sich um Beschäftigung drängenden Ar-
beitskräfte möglichst ausschalten. Dazu gibt es ein gutes
Mittel: die Organisation, sozusagen die Monopol-
stellung der Arbeiterschaft durch den gewerkschaftlichen Zu-
sammenschluß! Je umfassender die Organisation alle Werte
Arbeiterschaft ergreift, um so besser und sicherer kann sie
ausreichende Preise dafür von den Kaufmann, von den Unter-
nehmern, verlangen und zugestanden bekommen.

Merke denn je ist diese Art der Beeinflussung des Ar-
beitsmarktes durch die Arbeiter selbst erforderlich, weil die
hinaufgetriebenen Warenpreise mit Beendigung des Krieges
nicht wieder verschwinden, dagegen mit dem Zurückfließen
der Geldmassen ein erheblich stärkeres Angebot von Löhnen
zu erwarten ist. Soll dieses Angebot nicht verhängnisvoll
werden, will man sich gegen Wucherer wehren, dann er-
greife man das geeignete Mittel. Stärkung und
inneren Ausbau der Organisation zu einem
Monopol der Arbeiterschaft, unter der Herrschaft der Ar-
beiter selbst!

Friedensarbeit.

„Diesen die unter den gegenwärtigen Umständen an Frieden denken, verraten die heiligsten Interessen des Vaterlandes und der Menschheit.“ So sprach Herr Painlevé auf einem Frühstück zu Ehren Lord Georges und des italienischen Unterrichtsministers, als er noch Ministerpräsident war. Wenn der Satz Wahrheit wäre, so gäbe es heute eine unendliche Gemeinschaft von Vaterlandsverrätern, denn wir behaupten, daß mit Ausnahme der Regierungen, der Militärparteien und der Kriegsparteien alle an den Frieden denken. Frauen und Männer in der Heimat so gut wie die Soldaten draußen. In allen Ländern hoffen sie mit jedem kleinen Lichtstrahl, der sich zeigt, überall sinken sie in Depressionen zurück, wenn es wieder nichts war, wenn der Schein trog.

Dieses Heer der „Vaterlandsverräter“ sehnt sich nach Frieden, aber es tut nicht genug, um ihn herbeizuführen. Es hat sich noch nicht frei gemacht von der Idee, daß es nicht für seine Sehnsucht kämpfen darf. Deshalb bleibt es schwach. Der Friedenswille ist überall der gleiche, aber der Druck, der die Völker auf die Regierungen ausüben, ist nicht stark genug, um diese zur Umkehr zu bestimmen. Und deshalb wird der Krieg dauern, Winter um Winter, Sommer um Sommer, bis eine der kämpfenden Parteien unterliegt. Das kann trotz Stollen und trotz Rußland noch Jahre hindurch so weiter gehen.

Lord George verkündete, daß die Entente auch ohne Rußland schließlich triumphieren werde. „Ich versichere, daß wir siegen werden, aber ich möchte, daß wir so schnell wie möglich und mit möglichst wenig Opfern siegen.“ — Keiner der Staatsmänner redet von dem russischen Friedensangebot — es ist für sie nicht vorhanden.

Ein schreckliches Schauspiel im Osten. Die Bürger eines Landes gegeneinander im Kampfe. Wer wird dort siegen? Wer es auch sei, Lenin oder Kerenski, das Friedensangebot ist gemacht, und es sollte aufrecht erhalten werden zur Prüfung der Regierungen, die es beantworten müssen.

Nicht Vaterlandserrat, sondern höchste Vaterlandsliebe, Menschheitsliebe ist der Gebanke an den Frieden. Über der Gebanke muß sich umsehen in Willen und der Wille muß zur Arbeit werden.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Befügt auf § 11, Abs. 2 des Arbeitsvertragsgesetzes haben die Landeszentralbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse Befehlsbefugnisse aufgestellt. Sie schürten die Bewegungsfreiheit der Ausschüsse so außerordentlich ein, daß diese so gut wie vollständig unter die Vormundschaft der Unternehmer gerieten. Der Widerspruch aus den Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen war die notwendige Folge und das umso mehr, als der § 11, Abs. 2 des Gesetzes solche Befugnisse der Landeszentralbehörden keineswegs vorzieht. Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ brachte diesen Streit zum Ausdruck, indem der 22. Ausschuss des Reichstags im April d. J. sich dieser Auffassung angeschlossen und die Befugnisse der Landeszentralbehörden, Bestimmungen über die innere Organisation der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erlassen zu können, klar und bündig verneinte. Nunmehr mußte der Bundesrat zu der Frage Stellung nehmen; er akzeptierte zwar nicht die Auffassung des Reichstagsausschusses, vermittelte aber und schlug in Uebereinstimmung mit dem Reichstagsausschuss vor, Grundzüge aufzustellen, an die die Landeszentralbehörden beim Erlass von Befehlsbefugnissen für Arbeiter- u. w. Ausschüsse sich zu halten hätten. Ueber solche „Grundzüge“ wurde in den letzten Sitzungen des 22. Ausschusses beraten. Sie bedeuten im wesentlichen eine Besserung des heutigen Zustandes. So wird zunächst festgestellt, daß für die Bestellung, ob überhaupt 50 Arbeiter oder 50 vertretungspflichtige Angestellte erforderlich sind, diese Befehlshaber ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter oder Staatsangehörigkeit, mitzählen. Die

Arbeiter- u. w. Ausschüsse sollen auch für einzelne Betriebsabteilungen errichtet werden dürfen; man denkt dabei an Großbetriebe, deren Abteilungen mehr oder weniger abgegrenzte Teile des Gesamtunternehmens darstellen.

Eine vierterörterte Frage ist, ob der Arbeiter- u. w. Ausschuss seine Aufgaben möglichst selbständig und vom Unternehmer unabhängig versehen oder sich zu beschließenden Erhebungen nur auf Einladung und unter Leitung des Betriebsunternehmers vereinigen kann; da letztere bezwecken die „Grundzüge“ der Reichsregierung. Im Reichstagsausschuss war eine recht starke Meinung für die volle Selbständigkeit der Arbeiter- u. w. Ausschüsse; sie müßten ihre Sitzungen selbständig einberufen und leiten können und das Recht erhalten, den Betriebsunternehmer dazu zu laden. Indes haben im besonderen die Angestelltenausschüsse nur zu oft die starke Abneigung der Unternehmer gegen Verhandlungen überhaupt wahrnehmen müssen. Bei dieser Frageung läge also die hohe Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Unternehmer den Einladungen der Ausschüsse sich vielfach entziehen würden; damit aber wäre den Angestelltenausschüssen Wert und Bedeutung genommen worden. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wurde deshalb die Erscheinungspflicht des Betriebsunternehmers oder seines Vertreters als notwendige Ergänzung angeregt. Hierfür bestand wieder in der Regierung noch bei der Mehrheit des Reichstagsausschusses Einigkeit. Es wurde dann für zweckmäßiger angesehen, dem Unternehmer zwar Einladung und Leitung der Sitzungen zu belassen, aber die Ausschüsse in sich selbst zu konstituieren und ihnen das Recht zu geben, auf Einladung ihres Domannes zu Vorbereitungen zusammenzukommen. Der Zeitpunkt für solche Vorbereitungen soll mit der Betriebsleitung dann zu vereinbaren sein, wenn sie während der Arbeitszeit stattfinden. Ein Beschlußrecht gelang der Entwurf der Grundzüge solchen Vorbereitungen nicht zu; auf Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde ein Beschlußrecht wenigstens darüber erreicht, ob die Schlichtungsstellen angerufen werden sollen oder nicht. Alle Beschlüsse werden bei ordnungsgemäßer Einbindung sämtlicher Mitglieder durch Stimmenmehrheit Erlassenen gefaßt, bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Für veräußerte Arbeitszeit wegen ihrer Zugehörigkeit zum Ausschuss dürfen dessen Mitgliedern Lohnabzüge nicht gemacht werden. Durch § 13 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 ist dem Arbeitgeber unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen weiter unterlagt, die Arbeiter und Angestellten in der Uebernahme und Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines Arbeiter- u. w. Ausschusses zu behindern oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Eine wesentliche Regelung treffen die „Grundzüge“ über das Erlöschen des Amtes im Arbeiter- u. w. Ausschuss. Die Bestimmungen der Landeszentralbehörden bestimmen zum Teil, daß dazu der Fortfall der Wählbarkeit führe. Das war gerade in der Kriegszeit für die Angestellten recht nachteilig, weil ihre Wählbarkeit abhängig ist von der Versicherungsspflicht zur Angestelltenversicherung; wessen Gehalt 5000 Mk. übersteigt, verlor sein Amt im Angestelltenausschuss. Das ist nunmehr beseitigt; nur das Ausschüden aus dem Betriebe oder aus der Betriebsabteilung mit einem besonderen Arbeits- u. w. Ausschuss führt das Erlöschen der Mitgliedschaft herbei.

Schließlich sollen die Landeszentralbehörden nicht nur beauftragt, sondern künftig verpflichtet sein, selber alles erforderliche anzuordnen, wenn ein Betriebsunternehmer seiner Pflicht zur Errichtung der Ausschüsse nicht nachkommt.

Der Reichstagsausschuss hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß er den Vermittlungsversuchen der Reichsregierung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung folgt, daß die mit seiner Zustimmung aufgestellten „Grundzüge“ von den Landeszentralbehörden vollinhaltlich beachtet werden. Er hat sich Handlungsfreiheit vorbehalten, wenn sich diese Behörden zu den „Grundzügen“ anders verhalten, als nach der Zusicherung der Reichsregierung zu erwarten ist.

Ein Staatskommissar für das Wohnungswesen in Preußen.

Die immer gefährdeter werdende Lage des Wohnungsnot mit all ihren verhängnisvollen Begleiterscheinungen läßt durchgreifende rechtliche Vorkehrungen zur Beseitigung und Abhilfe dringender erscheinen. Aber alle Abhilfe wird in dem großen deutschen Bundesstaate, in Preußen, unmöglich gemacht ganz unmöglich gemacht durch die unheilvolle Zersplitterung der behördlichen Befugnisse. In Preußen ist die Handhabung der einschlägigen Befugnisse auf nicht weniger als sieben Ministerien, auf die Ministerien des Innern, des Handels, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten, der Eisenbahnen, des Finanz- und des Kriegsministeriums verteilt. Keines dieser Ministerien kann ohne eines mehrere der anderen richtig voran, keines kann danach auch richtig verantwortlich gemacht werden für die Lösung der Uebelstände. Doch unter solchen Umständen ist jede und durchgreifende Handlung, wie es die Zeit für die Beseitigung erfordert, fast unmöglich ist, liegt auf der Hand. Deshalb hat jetzt Bürgermeister Dominicus-Schöneberg der Jahresversammlung des Rheinischen Vereins für das Wohnungswesen den Ruf nach Zusammenfassung der zentralen staatlichen Befugnisse für das Wohnungswesen der Uebergangswirtschaft in Preußen in die Hand, in der Hand eines Staatskommissars für das Wohnungswesen, erteilt lassen. Der Gedanke ist nicht, seine Bewirkung würde sehr möglicherweise radikale Hilfe bringen, und er entbehrt in unserer bewegten Zeit auch nicht mannigfacher Vorbilder. Er verdient deshalb die erste Beachtung.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin.

Mitteilung an die Schuhmachereibetriebe betreffend die Verteilung von Sperrholzsohlen Bodenleberabfällen sowie von Ersatzsohlen.

Die dritte Verteilung von Sperrholzsohlen Bodenleberabfällen sowie die vierte Verteilung Ersatzsohlen hat begonnen. Auf jede eingeschriebene Betriebstrafe entfallen 20 Paar Sperrholzsohlen und 6 Gramm Bodenleberabfälle sowie 10 Paar Ersatzsohlen.

Berlin 6, den 28. November 1917.
Kontrollstelle für freigegebenes Leder
Dr. Kraeger.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, für ihre Werke vom 3. Dez. bis 9. Dez. der 40. Werkbeitrag fällig ist.

Den Sachstellen Nürnberg und Weissenfels wird auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, für Nürnberg vom 15. November und für Weissenfels vom 1. November ab den bisherigen Lokalbeitrag um 5 Pfg. pro Woche Mitglied zu erhöhen.

Die Mitglieder beider Sachstellen machen wir aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge Folgen des § 8 a. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 1. Dezember 1917.
Der Vorstand.

Arbeitsnachweis der Stadt Berlin

Die Fachabteilung für Schuh- und Schäfte-Industrie Groß Berlin
zu Berlin E. 54, Gormannstr. 13

ist während des Krieges geöffnet werktäglich 10—12 Uhr. Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber unentgeltlich. — Fernsprech-Anschlüsse: Norden 3891—92, 3791—97, 9734, 11020—47.

Tüchtiger Stanzmeister

mit den Maschinen der Deutschen Vereinigten Schuhmaschinen-gesellschaft vortraut, für dauernden Posten gesucht. Angebote an

R. & W. NATHAN, Schuhfabrik, FRANKFURT a. M.,
Mainzerlandstraße 372.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen über Schuhmacher Wertgegenstände) (jeden ersienen.)
— Versand gratis und franco. —
E. Wägte, Berlin, E. Jägerstraße 33.

Die Arterienverkalkung und Bluthochdruck, Schlagfluß, Wesen, Verhärtung und Verengung von Dr. Luda. Wertvolle Ratichläge und die zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.80 per Nachnahme.
Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Glückliche

Handstanzmesse

Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 590 Amt Oblg.
Theo Freuer, Pirschfeld b. Gollmar

Anzeigen finden im „Schuhmachereifachblatt“ weiteste Verbreitung.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Dringliche Forderungen der arbeitenden Frauen an die soziale Gesetzgebung.

Es mehr die fortschreitende Entwicklung des Einbringen der weiblichen Bevölkerung, besonders das der verheirateten Frauen, in das Erwerbsleben begünstigt, um so notwendiger wird die Erweiterung des Arbeiterinnenrechtes...

Kann die Gesellschaft auf die Arbeit der Frauen und Mütter nicht verzichten, so hat sie auch die Pflicht, Einrichtungen zu schaffen, die den Arbeiterinnen durch Befähigung der jetzt vorhandenen Stammkräfte das Arbeitsverhältnis erleichtern. Auch muß die Arbeiterin eigen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden auskömmlichen Lohn erhalten.

Die nächsten dringlichen Aufgaben zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung müssen deshalb sein: für die Arbeiterinnen aller Industrien einschließlich der Heimarbeiterinnen und aller weiblichen Angestellten eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, wöchentlich 44 Stunden, unter Freigabe des Sonnabendnachmittags und gesetzliches Verbot aller Leberstunden.

Als Mutter, die außerhalb des Hauses für ihre Kinder arbeiten muß, hat die Frau ein Recht, zu verlangen, daß die Gesellschaft, für deren Gütererzeugung sie ihre Arbeitskraft einsetzt, Einrichtungen schafft, die während der Arbeitszeit der Mutter ihre Kinder in Pflege und Obhut nehmen.

Zu Entlastung der arbeitenden Mütter sind zu fordern: Einbindungs-, Wägen-, Mütter- und Säuglingsheime, Kinderkrippen für die vor- und nachschulischen Kinder, damit die Mütter während der Arbeitszeit ihre Kinder gegen Gefahren geschützt wissen.

die wir jetzt durchleben müssen, wird so eines anderen befehrt haben.

So sehr der Arbeitsprozeß, ihre Mutterpflichten und Hausfrauenpflichten auch die arbeitende Frau in Anspruch nehmen, so viel Zeit und so viel Interesse muß sie aufbringen, sich um die Einrichtungen zu kümmern, die dazu geschaffen wurden und deren weiterer Ausbau dazu beitragen kann, ihr das Arbeitsverhältnis zu erleichtern und ihr Zeit zu verschaffen, als vollberechtigter Mensch unter Gleichgesinnten leben und wirken zu können.

Die Frauen haben viel in diesem Kriege lernen müssen; sie haben Unglaubliches für das Wirtschaftsleben geleistet. Daß sie auch den Wert der Organisation erkennen lernten, dafür zeugen die ständig steigenden Zahlen der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, die wesentlich höher als vor dem Kriege sind.

Die Arbeiterin als Gewerkschafterin.

Die vielen Vorteile, die die Gewerkschaft den Arbeiterinnen bietet und die weiter zu vermehren und zu verstärken sie stets bemüht ist, können ihnen natürlich nur zugute kommen, wenn sie der Gewerkschaft als Mitglied angehören und in ihr auch mitwirken und mitarbeiten.

Vor allem sollen die weiblichen Mitglieder es als ihre ehrenvolle und immer geltende Pflicht betrachten, unter ihren unorganisierten Nebenarbeiterinnen und Kolleginnen aufklären zu wirken, indem sie immer neue Mitglieder, immer mehr treue Mitkämpferinnen dem Verbande zuführen. Unsere Verbandsgenossinnen sollen auch dahin wirken, daß keine weiblichen Mitglieder dem Verbande zu über verloren gehen, daß sie dauernd dabei die den und über die großen Aufgaben der Gewerkschaft immer mehr und einflussreicher aufgestellt werden.

schluß und zur gemeinsamen Arbeit für die Wohlfahrt aller, sind die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert, haben sie es gelernt, im Rahmen ihrer Berufsinteressen zu wirken, so werden sie auch darüber hinaus als eine höhere Einheit mit vollkommener Geschlossenheit zusammenwirken zum wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Aufstieg der Arbeiterklasse, zur vollkommener Befreiung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Lohnknechtschaft, zur Erringung und Erzwingung einer besseren Zukunft für alle Glieder der Menschheit, die arbeiten wollen.

Die allgemeine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist ein Mittel, das die Steigerung ihrer Lebenslage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht und die gleichzeitig den Weg bahnt zu einer schönen und lebensvolleren Zukunft des ganzen Menschengeschlechts!

„Steffinder.“

Überall, in Zusammenkünften, Zeitungen, Wählzählern usw. wird heutzutage lebhaft Klage geführt über die Anfrucht der Dienstmädchen, ihr unbotmäßiges Verhalten, Klagen, die so alt sind, wie es Dienstmädchen gibt, die aber noch niemals in solcher Schärfe und so zahlreich erhoben worden sind wie jetzt.

Vor dem Kriege gab es eine Zeit, in der ebenfalls Dienstmädchen knapp waren. Sie suchten sich lieber Arbeit in Fabriken, Werkstätten, Kontoren usw. Die Jahre vor dem großen Arbeitslosigkeit vor dem Kriege brachten einen Ueberfluß an Dienstmädchen, der sich nach Ausbruch des Krieges vergrößerte. Damals entzogen viele Familien ihre Dienstmädchen. Zahlreiche andere boten ihnen an, für die Hälfte des Lohnes, ja ganz umsonst, zu arbeiten.

Bangsam ließ sich mit dem Abflauen der allgemeinen Arbeitslosigkeit auch der Ueberfluß an Dienstmädchen nach und nach brim Knappwerden jeder Ware, verteuerte sich auch diese Arbeitskraft. Sene, die da behaupten, die wirtschaftliche Lage der Dienstmädchen hätte sich erheblich verbessert, sind jedoch falsch unterrichtet. Man hört sogar häufig den Ausspruch: „Am Besten haben es jetzt die Dienstmädchen. Sie haben ihr Essen und brauchen nicht zu kochen, woher das Geld nehmen!“

Häufiger als sonst ist jetzt die Speisefarmen verschlossen und nicht nur sie, sondern auch andere Räume der Wohnung, in der gebrauchteste Lebensmittel aufbewahrt werden. Was sich in manchen Herrschaftswohnungen an besonders wertvollen und sonst knappen Lebensmitteln vorfindet, liegt man ja gelegentlich in den Zeitungen. Nur verhältnismäßig selten erfährt die Öffentlichkeit davon. Ist einmal das Dienstmädchen wird es gemeldet. Natürlich bekommt es auch nichts oder nur sehr wenig davon ab. Alles aber läßt sich doch nicht zu verheeren, und so kann man denn begreifen, daß sich der Mädchen ein bitteres Gefühl bemächtigt, wenn sie sehen, daß sie leer ausgehen müssen.

Da wird umschichtig in anderen Familien Fleisch gebraten, Kuchen gebacken, angeblich „um Rohen zu sparen“, in der Hauptfrage aber, um die Mädchen nicht in alles einzunehmen. Denn wenn die Kahlenerparnis in der Tat der Grund für das außer dem Hause braten und backen wäre — dadurch, daß das Mädchen etwas abbeten, würde doch der Kohlerverbrauch kein größerer. Aus „Zweckmäßigkeit“ gründen — aber werden die Sachen nicht nur heimlich gekocht, gebraten und gebacken, sondern auch allein geessen.

Bei der heute üblichen Entstehungsform für häusliche Arbeiten und persönliche Dienstleistungen durch bares Geld und Koch und Wäsche muß ein erheblicher Unterschied in der Befähigung von Herrschaft das Dienstmädchen erregen, umso mehr, weil der Verbrauch ganz allgemein so niedrig ist, daß die Mädchen für Befähigung eigene Mittel nicht anwenden können. Sie sind also auf das angelegentlich, was sie erhalten. Dazu kommt, daß ihnen in der gegenwärtigen Zeit sehr viel mehr Arbeit erzwungen wird. Wieviel mehr Zeit von

für die Preußen... 170 Abbildungen... 1917. Der Vorkamp...

brauchen die Mädchen z. B. jetzt für das Einholen. Sie müssen nach allem möglichen anstreben. Die „gütliche Frau“ steht höchstens nach Konfekt und Reis. Sie haben viel schlechteres Material als sonst zum Waschen und Reinmachen. Was dadurch in einzelnen für größere Opfer an Zeit und Kraft gebraucht werden, kann die Herrschaft meist garnicht beurteilen. Für die, auch für das Mädchen teuer gewordenen Bedarfsartikel, erhalten sie meist keinen entsprechenden Ersatz. Das Verlangen der Erfüllung aller Bedürfnisse ist in der Welt der Mädchen ein sehr ernstes und nehmendes. Arbeit in Diensten ist sehr, wo sie mehr verdienen und trotz langandauernder und schwerer Arbeit nicht selten doch noch mehr freie Zeit haben.

Es muß zugegeben werden, daß auch manche Mädchen in ihren Anforderungen unverständlich sind. So haben einige z. B. verlangt, die ihnen zuteilende Butter, den Zucker usw. für sich auch dann zu erhalten, wenn sie voll beschäftigt worden sind. Das Verlangen der Erfüllung aller Bedürfnisse, daß die Familien viel reichlicher leben als die Mädchen. Für diese wurde schon „strengsinnig“ gefordert, als die Herrschaften in Rekrutens, wo für ihre Wünsche einzunehmen, alles erhalten konnten. Was sie bei der Verbrennung der Häuser gefordert hatten, das haben die dringenden Rat gegeben, darauf zu achten, daß ihnen bei der gelieferten Kost auch ihr Anteil an Fleisch usw., vor allen Dingen an Brot, geliefert wird.

Wir verwerfen jede Verallgemeinerung, so wenig wir behaupten, daß die Dienstmädchen allgemein in bezug auf Befriedigung ungerecht und unbillig behandelt werden; so unweifelhaft es, daß alle Mädchen unbedeutende und unvernünftige Forderungen stellen. Das aber wird behauptet in Göttingen, Nibelungen und Zusammenkünften von Hausfrauen, die sich Dienstmädchen helfen können. Solche nachlässigen Uebertreibungen, die jedes soziale Gefühl und Verständnis für die schwierige Lage der Dienstmädchen im Krieg vermissen lassen, sollten bei diesen den Entschluß stärken, sich durch seinen Zusammenstoß eine starke Interessenvvertretung zu schaffen.

Frauen an der Wahlurne.

Im Kanton Neuchâtel sind in den ersten Oktoberwochen die Frauen zum erstenmal auf Grund der neuen Bestimmungen des Gesetzes Schweizer Kanton zur Wahl geschritten, und zwar zur Wahl der Stadt Neuchâtel und zur Wahl der gewählten Sanitätsräte.

Von der letzten Wahl wird in der schweizerischen Presse erzählt, daß sie dank der erstmaligen Beteiligung der Frauen ein ungemeines Interesse hervorrief und die allgemeine Beteiligung daher eine weit höhere war als bisher. Bei der Gruppe der Arbeitgeber, die im Jahre 1913 nur 12 Stimmen zählte, wählten diesmal 139, darunter 122 Frauen und 17 Männer, bei den Arbeitern wurden 105 Männer und 98 Frauen gewählt. Sehr anschaulich wird vom Wahlvorgang, an dem eine 77jährige Frau als erste zu Stimmabgabe trat, erzählt:

Der Waldsteig.

(Fortsetzung.)

Tiburius kehrte also auf dem Pfade um und ging zurück. Er ging auf dem Rückwege schleuniger, da er die Gegenstände nicht mehr so beachten wollte, und ihm, seit er auf die Uhr gesehen hatte, darum zu tun war, den Wagen ehestens zu erreichen. Er ging auf dem Pfade fort, der genau so schwarz war und so neben den Wägen fort lief wie auf dem Herwege. Als er aber schon ziemlich lange gegangen war, fiel ihm doch auf, daß er die Steinwand noch nicht erreicht habe. Auf dem Herwege hatte er sie links gehabt, nun hatte er sie umgekehrt, folglich mußte sie ihm jetzt rechts erscheinen — aber sie erschien nicht. Er dachte, daß er vielleicht im Herangehen in Gedanken gewesen sei und der Weg länger wäre, als er ihn jetzt schätzte, deshalb war er geduldig und ging fort — aber schneller ging er etwas.

Allein die Wand erschien nicht. Man würde er ängstlich. Er begriff nicht, wie auf dem Rückwege so viele Bäume sein können — er ging um vieles schneller und eilte endlich hastig, so daß er, selbst bei reichlicher Jagde zu seiner Rechnung, nun schon längstens bei dem Wege hätte sein sollen. Aber die Wand erschien nicht, und die Bäume hörten nicht auf. Er ging jetzt von dem Pfade sowohl rechts als links bedeutend ab, um sich Richtung und Ort zu gewinnen, ob die Wand irgendwo stehe — allein sie fand nirgends, weder rechts noch links, noch vorn, noch hinten — nichts war da als die Bäume, die er sich nicht scheuen ließ, sie waren lauter Bäume, nur viel größer als er beim Herwege gesehen hatte, ja es war, als würden sie noch immer mehr — nur die eine, die am Anfang stand, ihn und der Wand gegenüber war, konnte er nicht finden.

Tiburius hing nun an, was er seit seiner Rückkehr nicht mehr getan hatte, zu rennen an und rannte auf dem Pfade in höchster Eile eine Strecke fort, aber der Pfad, den er gar nicht verlieren konnte, blieb immer gleich, lauter Bäume, lauter Bäume. Er blieb nun stehen und schaute so laut, als es nur in seinen Kräften war und als es seine Länge nicht, ob er nicht von seinem letzten Gedächtnis und ohne Antwort zurückbliebe. Er schrie mit verzweifelter Stimme und wartete in den Zwischenräumen zum baldigen Antwort zurück, der ganze

„Hausfrauen rüsten mit Körben an oder tragen das Gemälde für den Suppentopf untern Arm. Ganze Familien erscheinen: Vater, Mutter, Sohn; Mann, Frau und Kinderdarben. Kinder warteten im Vestibül oder saßen sich unbeweglich in den Wägenraum, wo sie ihre Väter und Mütter in einer Kabine verstanden und auf der anderen Seite wieder auftauchen sahen. Da geschah es nicht, daß etwa ein Mann seine Frau geschickt hätte, wie die vorausgelagert hatten, die der Meinung sind, das Frauenstimmrecht müsse allgemach Unordnung in den Haushalten bringen. Da ward kein Kind zu Hause gelassen, verängstigt, hungrig und geklopft, während die unwillkürliche Mutter den Haushalt vernachlässigt und zur Urne läuft. Nein, die Familie erschien vollständig, in bestem Einvernehmen, um so vereint ihrer Wahlpflicht zu genügen. Frauen aller Stände, jedes Alters, stiegen treppauf, treppab. Dies alles geschah nicht ohne Aufregung, nicht ohne Herzklopfen, weil viele Frauen im deutschen Bewußtsein ihrer Ineritanz der Wahlurne standen. Man hatte ihnen so oft eingeprägt, eine Frau, die abtrüben, sei keine Frau mehr, so daß es schien, als hätten sie sich auf etwas ganz außergewöhnliches gefaßt. Am meisten aber verblüffte die Tatsache, daß das Einwerfen des Stimmzettels in die Urne eine so einfache Handlung war, ja gerade ein so mütterliches und weibliches Geschäft, wie das Einwerfen von Briefen in einen Briefkasten.

Das Unterhaus für das Frauenwahlrecht.

„Neuws Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Unterhaus wurden bei der Beratung über die Wahlrechtsreform folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Für die Wahlen zu britischen Vertretungen erhält die Frau jedes Mannes, der für die britische Vertretung wahlberechtigt ist, eine Stimme, wenn sie mit ihm in demselben Hause wohnt und mindestens 30 Jahre alt ist.
2. Für das Unterhaus erhalten alle Soldaten und Matrosen, die in diesem Kriege gedient haben, das Wahlrecht, wenn sie mindestens 19 Jahre alt sind. Außerdem wurde ohne Abstimmung den Frauen das Gemeinbewahlrecht zuerkannt.

Eine Vorlage über Ehescheidung in der Türkei.

Die türkische Regierung hat in der Kammer ein Gesetz, betreffend Ehescheidungen und Ehescheidungen, eingebracht. Die Kammer beschloß, das Gesetz einem Ausschuss zu überweisen.

Wald war still, und kein Laublein rührte sich. In den vielen Nisten, die da waren, sank die Menschenstimme wie in Stroh ein. Er dachte, ob nicht etwa die Richtung, in die er gerannt war, sich von der Straße, auf der sein Wagen stand, eher entferne als nähere, da er sich etwa bei dem vielen Gehen umgeben hätte haben können, ohne es zu wissen. Demzufolge wollte er jetzt wieder in der nämlichen Richtung zurückrennen. Er warf noch erst den Englan, den er noch immer in der Hand hatte, und der ihn jetzt mit dem fürchterlichen Blau so seltsam anschaute, weg und rannte dann zurück. Er rannte, daß ihm der Schweiß hervorbrach, und wußte nun wieder nicht, ob das die nämlichen Gegenstände seien, die er im Rennen gesehen habe. Als er eine so große Strecke, die er früher in der einen Richtung gemacht, jetzt nach der entgegengesetzten zurückgelegt zu haben glaubte und eine gleiche dazu, hielt er wieder inne und schrie abermals — allein er bekam keine Antwort, es war nach seiner Stimme wieder alles still. Hier war es auch ganz anders als an dem früheren Orte, und wildfremde Gegenstände standen da. Die Däuser hatten aufgehört; es standen Tannen da, und ihre Stämme streckten sich immer höher und wilder. Die Sonne stand schon tief, es war Nachmittag geworden, auf mandem Moossteine lag ein schwebhaft glühendes Gold, und unzählige Wasserlein rannen, eins wie das andere.

Herr Tiburius konnte es sich nicht mehr leugnen, daß er ganz und gar einem Wahn sei, und wer weiß, in welcher Richtung er war nie in der Lage gewesen, sich auf solchen Dingen herauszufinden zu müssen, und seine Not war groß. Dazu gefühlte sich noch andere Dinge. Er hatte bei dem Hin- und Hergehen durch das Gras, als er von dem Pfade abgewandert war, um die Steinwand zu finden, nasse Füße bekommen, er war im Schwitze und hatte nur einen einzigen dünnen Rock, der andere lag im Wagen, er burste so gar nicht niederzulegen, um auszurufen, so schön die Steine dalagen; denn er müßte sich verfühlen — und endlich lag auch das Gras mit der Argente, die er heute nachmittag genommen hatte, zu Hause. Er sah das eine recht gut ein, was hier das Notwendigste wäre, nämlich, statt hin und her zu laufen, lieber auf dem Pfade in derselben Richtung fortzugehen; das er gegenwärtig muß der Pfad das führen, da er so abgetrieben war. Er war noch ein großes Glück, das wenigstens ein Pfad vorhanden war; denn welches Ansehn wäre es gewesen, in einem verlogenen Wahn in diesem Zustande zu stehen.

Herbst.

Vom Felde sind die Gassen
Sur Scheuer eingedruckt,
Nun steht in allen Farben
Ein Welken ein bei Nacht.

Es liehen feuchte Nebel
Durch's stille müde Tal,
Der Herbst legt an den Hebel
Er hält sein Einzugsmahl.

Mit purpurgoldenen Schimmern
Der Tag beginnt den Lauf,
Und wenn er endet immer
Nimmt Sterben er in Kauf.

Die Blumen all sie blühen
Den Tod in sich're Hand;
Nur muntere Blügelin liehen
Sich warme Sonnenland.

Die reifen Früchte prangen
Auf allen Bäumen schön,
Und dort wo Trauben hangen,
Rannst du zu Gaste gehn.

Gepfeiltesvolles Kaufschon
Geht durch Gedäch und Wald
Du bist noch jung zum Kaufschon,
Sind Sterben nicht zu alt.

Es zittert in den Zweigen
Wie Fieber jedes Blatt,
Die schönen Farben blühen
In allen Ecken matt.

Es ist ein buntes Welken,
So schön wie's Blühen war
Nimm dir die letzten Nisten
Noch hin in diesem Jahr.

Im Felde.

Paul Götting.

Sur Beachtung!

- Wer an das „Schuß-Fachblatt“ etwas zu berichten hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben.
 2. keine Blei- und auch keine Tintenstifte verwenden;
 3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen z. vorgenommen werden können;
 4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript unlesbar machen.
 5. Namen und Siffern recht deutlich schreiben.

Herr Tiburius entschloß sich also, nach der zuletzt eingeschlagenen Richtung des Weges fortzugehen. Er knöpfte den Rock, den er anhatte, fest zu, schloß die Kragenklappen desselben empor, legte sie sich fest auf das Angesicht und ging sehr eilig fort. Er ging fort um Atem wurde kurz, und die Müdigkeit wuchs. Endlich glückte der Pfad bergauf und war ein gewöhnlicher Waldsteig geworden. Aber Tiburius kannte Waldsteige garnicht. Stille trümmen der größten und fürchterlichsten Art lagen rechts und links an dem Wege, der oft über sie dahinging. Einige waren in Haufen gehüllt, die verschiedenen noch nie gesehenen Urin zeigten, andere lagen nackt und ließen die scharfen, gewaltigen Bruch sehen. Großartige Stämme von Farnkräutern standen da, und die hohen, dicken Stämme der Tannen, die aus alledem emporragten oder auch dalagen, waren, wenn sie Tiburius angriff, feucht — ein Welle bestand der Pfad aus lauter kleinen Prügeln, die quer lagen, manchmal fast im Wasser schwammen, in jedem Schritte schürten oder doch, wenn sie selbst nicht waren, ausglühten machten. — Dann stand ein steiler Berg da. Der Pfad kletterte ihn unverdrossen hinauf, und Tiburius ging auf ihm fort. Als er oben angekommen war, war er eben, und der Boden war sandig. Der Pfad lief hier gleichsam emsig und freudig vor Tiburius her, und dies folgte ihm. Er wurde später wieder schwarz, war trocken, drückte bei jedem Schritt gegen den Fuß, als ging man auf Federberg, und schlang sich so fort. Tiburius betrat ihn, in sein Schicksal ergeben. Endlich war er oben geworden, unheimliche Anstöße stüben, und Tiburius ging, in seinen unzulänglichen Rock gehüllt, weiter nach einer Weile war es, als würde es irgendwo unten Tiburius ging fort, das Raufen dünne näher, aber es war nur Wasser, das den Wald eher schauerlicher machte, und von dem keine Hilfe zu erwarten war, Tiburius ging noch eiliger fort, er ging fort und fort — und leider wieder aufwärts. Endlich, da er um einen sehr großen Stein, der gleichsam alles vor ihm verbrannt hatte, herumgegangen war, sente sich der Weg abwärts und wurde sanftig und geröllig. Auch standen mit einem Male nicht mehr die hohen Tannen neben ihm, sondern allerlei lustiges Gebüsch von dichten Laube, namentlich Kastanien, was jedermann ein Zeichen ist, daß ein Wald aufhöre und man sich im Gaume befinden.

(Fortsetzung folgt)